



LEGATION OF SWITZERLAND

*P.* *1. r. v.*  
Kapstadt, den 30. März 1960.

Union of South Africa

Our File No. 0.2. -p/1-  
(Please quote in reply)

Your File No.

Herrn Bundespräsident  
Max Petitpierre  
Bern.

VERTRAULICH

Politischer Bericht No. 4

Auswirkungen der blutigen Zusammenstösse  
vom 21. März 1960.  
Regierungsmassnahmen zur Unterbindung  
des Terrors.  
Ruf nach einer Ueberprüfung der Rassengesetze.

---

Herr Bundespräsident,

Die jüngsten blutigen Vorfälle bei Vereeniging und bei Kapstadt haben auf alle Teile der Bevölkerung, die auf Derartiges nicht gefasst war, einen tiefen Eindruck gemacht und schlagartig die ernste Lage, die sich aus den neusten Entwicklungen in Afrika nun auch für die Union ergibt, beleuchtet.

Die Organisatoren des "Pan African National Congress" erschienen in den Augen vieler ihrer Rassengenossen als Helden, die für die Beseitigung alles dessen, was dem schwarzen Mann missfällt, und für die Freiheit kämpfen, sodass ihr Anhang zunahm. Dadurch sah sich der "African National Congress" veranlasst, seinerseits eigene drastische Aktionen zu unternehmen, um sich nicht den Rang ablaufen zu lassen. Präsident Luthuli hat daher die schwarze Bevölkerung des Landes aufgerufen, den 28. März als Trauertag zu begehen und nicht zu arbeiten. Der Aufruf hat ein weites Echo gefunden. Teilweise wurde ihm aber auch durch Gewalt und Bedrohung Nachachtung verschafft. Es wurden unter den Schwarzen viele Tausend Handzettel verteilt. Der "South African Coloured People's Congress" forderte mit solchen die Mischlinge auf, sich der Aktion anzuschliessen. Der "Congress of Democrats" wandte

...

sich ebenfalls mit Handzetteln an die Weissen, um sie zum Widerstand gegen die Regierung, den geplanten Bann gegen den "African National Congress" und die mit ihm "verbündeten" Organisationen, sowie gegen die Passgesetze aufzufordern. In Kapstadt mussten viele Betriebe stillgelegt werden. Arbeiter, die abends von der Arbeit zurückkehrten, wurden bedroht und auch misshandelt. In Johannesburg wurden Arbeiterzüge mit Steinen bombardiert. In der Bantusiedlung von Worcester, ca. 100 km östlich von Kapstadt, riss der Pöbel die Gewalt an sich und steckte Kirchen, Amtsgebäude, Schulen, die Kliniken und Wohnhäuser in Brand und griff schwarze Polizisten an.

Die Progressisten und Liberalen sehen in den Vorgängen eine Rechtfertigung ihrer Politik, den Schwarzen zunehmenden Anteil an der Regierung einzuräumen und die Zusammenarbeit mit ihren städtischen Führern zu suchen, statt mit den konservativeren Elementen in den Reservaten.

Die schon seit den Auswirkungen des Macmillan-Besuches sichtbar gewordene Annäherung zwischen den Nationalisten und dem rechten Flügel der Vereinigten Partei ist angesichts der drohenden Gefahren für das Land noch deutlicher geworden, doch widerstrebt ihr der linke Flügel der Partei, der eher den Progressisten zuneigt.

Interessant für die Reaktion im nationalistischen Lager ist der traditionelle Wochenendartikel in der Zeitung "Die Bürger" vom 26. dieses Monats, wo unter einem Pseudonym häufig die Ansicht führender Leute der Kap-Nationalisten zu wichtigen Ereignissen und Tagesfragen zum Ausdruck kommt.

Der Verfasser führt aus, es sei dem "African National Congress" und dem "Pan-African Congress" bisher noch nie gelungen, einen so starken Einfluss auszuüben wie jetzt. Diesmal beruhe er auf einem Gemisch von Terror und wirklicher Unterstützung. Deren Agenten seien wirklich populär geworden und machen ausserordentliche Anstrengungen. Es sei deutlich geworden, wie viel

für das Land von der künftigen Behandlung der Schwarzen in den Städten abhänge, nicht in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren, sondern von nun an. Die nationale Politik in dieser Hinsicht müsse von Grund auf neu überprüft werden. Und zwar müsse das in den kommenden Wochen und Monaten geschehen, wenn man nicht die Initiative verlieren wolle. Es handle sich darum, zu verhüten, dass Südafrika durch eine Allianz schwarzer Gewaltpolitik und ausländischen Druckes regiert werde.

Darum wird angeregt, neben strengen Massnahmen gegen Unruhestiftung und Aufruhr nach Mitteln zu suchen, um die Zusammenarbeit der ordnungliebenden Bantu zu gewinnen. Um dem Terror entgegenzuwirken, sollte dafür gesorgt werden, dass diese Zusammenarbeit für die Bantu auch die Mühe und das Risiko wert sei. Dazu gehören die Berücksichtigung gewisser Klagen wegen höherer Löhne, rücksichtsloser Handhabung der Vorschriften über Ausweise, alkoholische Getränke, sowie Bemühungen, die Reibungen auf ein Minimum zu reduzieren.

Weiter wird befürwortet, den Eingeborenen mehr Anteil bei der örtlichen Verwaltung zu geben, was bereits geplant war. Man könne aber jetzt nicht weiter zuwarten. Alles in allem handle es sich wahrscheinlich weniger um eine Änderung als um eine Beschleunigung der Eingeborenenpolitik. Es gelte, rasch und spektakulär zu handeln, um das fliehende Vertrauen zurückzugewinnen. Für realistische Pläne werden sich heute sowohl die öffentliche Meinung der Weissen wie die konstruktiven Elemente unter den Bantu gewinnen lassen und sie werden auch im rechtlich denkenden Ausland Eindruck machen.

Südafrikas gefährlichste Stunde habe geschlagen und erheische, dass alle politische Energie und aller Verstand angespannt werden.

Die Regierung hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, durch den die Vollmacht verlangt wird, den "African National Congress" (A.N.C.), den "Panafrikan National Congress" (P.N.C.) und allfällige Ersatzorganisationen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu verbieten, auch wenn ihnen keine Tätigkeit im Sinne des Gesetzes zur Unterdrückung des Kommunismus nachgewiesen

werden kann. Liberale und Progressisten warnten die Regierung vor diesem Vorhaben, das Oel ins Feuer giesse. Es sei besser, mit den Führern dieser Bewegungen zu unterhandeln.

Die Vereinigte Partei erklärte sich bereit, die Vorlage nicht zu bekämpfen, sofern die Regierung sich verpflichte, alljährlich dem Parlament Gelegenheit zu geben, die getroffenen Massnahmen zu überprüfen und über die Verlängerung der Vollmacht zu entscheiden, was von der Regierung zugestanden wurde.

Zur Begründung der Vorlage las der Justizminister u.a. eine grosse Zahl von Berichten über Erklärungen von Sprechern der beiden Organisationen, die insgesamt 70.000 Mitglieder haben, bei den verschiedensten Gelegenheiten vor. Darin kam zum Ausdruck, dass es für den A.N.C. bei dem Kampf letzten Endes um die Erringung der politischen Macht gehe und man nötigenfalls auch vor Gewalttaten und Blutvergiessen nicht zurückschrecken dürfe. Der A.N.C. verwende sogenannte Freiheitsvolontäre als Stosstruppen, die blindlings zu gehorchen hätten. Noch schlimmer sei der P.N.C., der sich im Jahre 1958 vom A.N.C. trennte. Er sei fanatisch Anti-Weiss. Die Weissen seien Eindringlinge; ihre Herrschaft, seien es Buren oder Engländer, müsse beseitigt werden.

Der Führer der Opposition verband mit der Zustimmung zu den Massnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung die Forderung, dass auch positive Massnahmen ergriffen werden wie: Verbesserung der Lebensbedingungen der Bantu, sowohl in den Reservaten wie in den Städten, Verminderung der Polizeieingriffe in die private Sphäre, Förderung eines verantwortungsbewussten Mittelstandes und Zusammenarbeit mit den verantwortungsbewussten Bantu. In der Frage der Staatsform sollte, solange die Krise andauere, ein Moratorium Platz greifen.

Ich versichere Sie, Herr Bundespräsident, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE:

*F. Kappeler*

siehe P.S. folgende Seite

P.S. vom 31. März 1960

Die Situation ist weiter gespannt. Es haben sich neue Gewalttätigkeiten extremer Elemente in der Bantu-Siedlung von Stellenbosch ereignet. Einige Tausend Bantu aus den beiden Siedlungen süd-östlich von Kapstadt unternahmen gestern einen Marsch in die Stadt wegen den erfolgten Verhaftungen. Es kam zu keinen Zwischenfällen. Vorsorglich bewachten Panzerwagen vorübergehend das tagende Parlament.

Die heutige, soeben in meinen Besitz gelangte Wochenschrift "New Age", Johannesburg, eine klar kommunistisch orientierte, den A.N.C. unterstützende Zeitung, führt triumphierend aus: "Sieg in Sicht". "Das heldenhafte afrikanische Volk hat der Regierung bewiesen, dass sie machtlos ist, um die verhasste Apartheidspolitik auszuführen. Aber die Regierung plant einen Gegenschlag und die härtesten Schlachten stehen noch bevor".

In der gleichen Nummer sind Aeusserungen, die Luthuli letzte Woche im Hochverratsprozess als Zeuge machte, zu lesen: Als Christ zögere er, Gewalt anzuwenden. In Südafrika würde Gewaltanwendung nationalen Selbstmord bedeuten. Es sei nicht wahr, dass der A.N.C. sich auf einen gewalttätigen Kampf vorbereite.

Andererseits hat sich die Regierung entschlossen, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, den Notzustand für 86 von insgesamt 300 Verwaltungsbezirken der Union zu erklären. Sie umfassen ausser den Unruhegebieten praktisch fast alle grösseren Städte und Industriegebiete. Die Regierung ist dadurch u.a. berechtigt, ohne gesetzliche Beschränkungen folgende Massnahmen zu treffen: unbefristete Verhaftungen, Versammlungsverbote, Auflösung subversiver Organisationen, Verhör unter Eid von Angehörigen verdächtiger Organisationen, Verbot von Zeitungen. Nach Pressemeldungen wurden bereits 234 Personen, namentlich Leiter und Funktionäre des A.N.C., P.N.C. und anderer extremistischer oder linksgerichteter Organisationen sowie einige Persönlichkeiten der liberalen Partei verhaftet.

...

Die Debatte im Parlament über das Ermächtigungsgesetz wurde gestern in einer Nachtsitzung fortgeführt und geht heute weiter. Der Sprecher der Mischlinge unterstützte die Regierung.

Es standen sich zwei grundlegend entgegengesetzte Standpunkte gegenüber:

1.) Es müsse mit Festigkeit und Entschlossenheit für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung gesorgt werden. Jede Schwäche würde nur die Extremisten und Unruhestifter ermutigen und sich auch zum Nachteil der ordnungsliebenden Bantu auswirken.

2.) Die Regierungspolitik sei an allem schuld. Statt neue Machtmittel zu verlangen, sollte die Regierung in sich gehen und Kontakt mit den nationalistischen Führern der Bantu suchen, um einen friedlichen Ausweg aus der Krise zu finden.

K